Der Ungarische Strafprozeß.

Von Prof. Ladislaus Fayer, Budapest.

In Ungarn wird seit langer Zeit an der Kodifikation des Strafprozesses gearbeitet. Im Jahre 1840 wurde ein aus beidem Häusern des Reichstages gewählter Ausschuss mit der Ausarbeitung betraut. Die in diesem Ausschusse geführten Debatten erregten dazumal in der europäischen Presse berechtigtes Aufsehen. Das Resultat der Verhandlungen war, daß ein Strafprozeß kodifiziert wurde, in welchem die Jury die Schuldfrage entscheidet. Die Grundzüge dieses Entwurfs stammen von Franz Deák, dem großen Staatsmanne Ungarns. Der Entwurf scheiterte am Widerstande des Oberhauses.

Nach mehreren resultatlosen Versuchen wurde im Jahre 1879 der Verfasser des inzwischen ins Leben getretenen Strafgesetzbuches, Karl Csémegi, mit der Abfassung eines Strafprozeßentwurfs betraut. Csémegi hatte kein richtiges Vertrauen zum Schwurgericht und arbeitete den Entwurf auf Grundlage des Fachrichtertums aus, wollte aber die öffentlich-rechtlichen Garantien der Schwurgerichtsbarkheit durch prozessuale Institutionen ersetzen. Unter anderem acceptierte er die Parteienöffentlichkeit (im Sinne des Entwurfes Le Royer aus dem Jahre 1879), die Mündlichkeit des Anlagungsverfahrens, die Stärkung der Verteidigung und die Mündlichkeit der Berufungsinstanz. Das Verfahren wurde aber hierdurch derart schwerfällig, daß die Praktiker den Entwurf für undurchführbar erklärten. Eine Fachkommission entschied gegen die prozessualen Neuerungen und der Entwurf wurde in diesem Sinne umgearbeitet. Nun hatte aber der Bau des Verfahrens überhaupt keine Wider-

standskraft und es fehlte auch in der öffentlichen Meinung das Vertrauen, daß dieser Strafprozeß die persönliche Freiheit genügend schützen werde können.

Im Jahre 1889 wurde Desider Szilágyi Justizminister; er zog den inzwischen dem Parlamente unterbreiteten Entwurf zurück und betraute die Kodifikations-Kommission mit der Ausarbeitung eines neuen Entwurfes auf Grundlage der Schwurgerichtsbarkheit. Es war dies nach vielen Irrungen eine Rückkehr zu den Prinzipien Franz Deáks und zugleich die Anerkennung dessen, daß ein konstitutioneller Staat in der Justizpflege das Laienelement ebenso wenig entbehren könne, wie in andern Sphären des Staatslebens.

Der Entwurf wurde kaum fertig, als Szilágyi 1895 demissionierte. Seinem Nachfolger Erdély war es ein Leichtes, den Entwurf durch die parlamentarischen Stadien zu leiten. Das Schwurgericht entwaffnete die Opposition.

In den Fachreisen waren zwar in der letzten Stunde Bedenken aufgetaucht, dahingehend, daß der Entwurf nicht gehörig in den Details ausgearbeitet sei; man mochte aber die gute Gelegenheit, nach langer Arbeit einen systematischen Strafprozeß zu bekommen, sich nicht entgehen lassen. Es erging dem Strafprozeß in Ungarn ungefähr so, wie in Deutschland dem Bürgerlichen Gesetzbuch: man wollte das Erreichte dem ungewissen Bessern nicht opfern.

Die Bestimmungen des Strafprozesses vom Jahre 1896, der am 1. Januar 1900 ins Leben tritt, resumieren wir in folgendem:

I. Die Anklage vertritt in der Regel die königliche Staatsanwaltschaft. Läßt die Staatsanwaltschaft bis zum Schluß der Hauptverhandlung die Anklage fallen, so wird das Verfahren eingestellt.

Der Beschuldigte kann in jedem Stadium des Verfahrens die Mitwirkung eines Advokaten in Anspruch nehmen. Der Beschuldigte muß aufmerksam gemacht werden, daß er berechtigt ist, sich einen Verteidiger zu wählen. Auch kann das Gericht schon für die Vorverhandlung und die Voruntersuchung einen Verteidiger bestellen. In der Regel hat der Verteidiger das Recht, mit seinem verhafteten Klienten ohne Beisein einer behördlichen Person zu verkehren. Nur wenn unerlässlich, ist der Untersuchungsrichter ausnahmsweise berechtigt anzuordnen, daß der Verteidiger in Anwesenheit einer

Gerichtsperson mit dem Beschuldigten verkehren dürfe. Der Verteidiger hat in der Regel auch das Recht der Akteneinsichtnahme.

Die Vorerhebung ordnet die Staatsanwaltschaft an. Die Beweisaufnahme während der Vorerhebung ist, unter der Leitung der Staatsanwaltschaft, Sache der Polizeiorgane. Es ist dies eine vermittelnde Kombination zwischen dem deutschen und dem österreichischen Strafprozeß. Im Sinne der Regierungsvorlage hätte — analog der deutschen Strafprozeßordnung — die Staatsanwaltschaft selbst die Vorerhebungen gepflogen; das Abgeordnetenhaus modifizierte den Entwurf dahin, daß der Staatsanwaltschaft nur das Recht der Anordnung zusteht.

Die Untersuchung ist nahezu obligatorisch; der Beschuldigte kann aber nur in dem Falle eine Untersuchung erwirken, wenn der Anklagesenat (Ratskammer) dessen Antrag unterstützt.

Der Anklagesenat hat die Aufsicht über die Untersuchung. Derselbe erteilt dem Untersuchungsrichter die notwendigen Weisungen. Der Angeklagte hat das Recht, sich mit seiner Beschwerde direkt an den Anklagesenat zu wenden.

Die Parteipflicht und die kontradiktorische Untersuchung sind ausgeschlossen. Beim Verhör des Beschuldigten und der Zeugen kann weder der Ankläger noch der Verteidiger zugegen sein. Als Surrogat der Parteipflicht werden auf Verlangen des Beschuldigten zu seinem Verhöre zwei Zeugen beigezogen.

Die auf die Schwere der Anklage basierte Untersuchungshaft kennt das Gesetz nicht. Auch in dem Falle, wenn die Handlung mit der Todesstrafe oder mit lebenslänglichem Zuchthaus bedroht ist, kann der Untersuchungsrichter beim Anklagesenat beantragen, den Beschuldigten auf freiem Fuße zu belassen. Die längste Dauer der Kollusionshaft beträgt einen Monat.

Alle diese Bestimmungen, welche zum großen Teil von den Strafprozeßordnungen der west-europäischen Länder abweichen, sind auf den Umstand zurückzuführen, daß das ungarische Strafverfahren seit Jahrhunderten einen akkusatorischen Charakter hat. Die Rücksicht auf die persönliche Freiheit verhinderte die Einbürgerung des inquisitorischen Prinzips. Der Adlige konnte in der Regel vor erfolgter Verurteilung nicht in Untersuchungshaft gezogen werden und auch der Hörige ward in vieler Hinsicht des Schutzes seines Grundherrn gegen die Willkür der Behörden teilhaftig.

II. Die Vernehmung in den Anklagestand ist auf doppelter Grundlage geregelt. Einerseits wird im Sinne der Glaser'schen Formel dem Beschuldigten anheimgestellt, ob er gegen die Anklageschrift Einspruch erheben will; und im bejahenden Falle wird vor dem Anklagesenat der ersten Instanz eine mündliche, jedoch nicht öffentliche Verhandlung abgehalten. Erhebt der Beschuldigte keinen Einspruch, so wird ein Gerichtsbeschluß zwar erbracht, jedoch ohne den Angeklagten und dessen Verteidiger anzuhören. Es ist auch dies eine Eigenheit der ungarischen Auffassung, dem Anklage-Beschluß größere Bedeutung beizulegen, als es in den kontinentalen Strafprozeßordnungen der Fall ist. Der Entwurf aus dem Jahre 1844 enthielt eine Anklage-Jury nach englischer Gepflogenheit.

III. Die Hauptverhandlung ist in der Regel öffentlich. Die Beschränkung der Öffentlichkeit finden wir fast in demselben Maße durchgeführt, wie in der deutschen Strafprozeßordnung. Auch die Schweigepflicht der deutschen Novelle aus dem Jahre 1888 wurde regipiert.

Die Gegenwart des Angeklagten ist zur Abhaltung der Hauptverhandlung unerläßlich. In diesem Punkte folgt das ungarische Gesetz dem deutschen Novellen-Entwurfe nicht.

An den Angeklagten darf außer dem Verhandlungspräsidenten niemand weder mittelbar noch unmittelbar eine Frage stellen. Ein Verbot, das an das englische Schweigesystem erinnert. Die Praxis wird zeigen, ob diese Bestimmung einen Fortschritt im Strafprozeß bedeutet. Wir fürchten, daß der Verteidiger ein Mittel verliert, um im Interesse der Verteidigung durch den Angeklagten bestimmte Punkte fixieren zu können. Da der Angeklagte in der Regel unfähig ist, ein zusammenhängendes Bild des Thatbestandes zu entwerfen, scheint es uns notwendig, daß der Verteidiger ihm durch Fragen nachhelfe. Diese Aufgabe wird nun dem Verhandlungspräsidenten zufallen, und es ist fraglich, ob er allen Einzelheiten, über die der Angeklagte Aufschluß geben kann, gehörige Aufmerksamkeit widmen können.

Das Kreuzverhör ist auf Antrag der Parteien für diejenigen Fälle zugelassen, in denen der Angeklagte einen Verteidiger hat.

Die Zeugen werden nach dem Verhör beeidigt. Die Vorteile des Nacheides werden neuestens auch in Deutschland allgemein anerkannt und die Novelle des deutschen Strafprozesses setzt den Nacheid in seine Rechte ein.

Der Staatsanwalt stellt keinen konkreten Strafantrag; er bezeichnet nur die Stellen des Strafgesetzbuches, die nach seinem Standpunkt zur Anwendung kommen. In der bisherigen ungarischen Praxis hatte der Antrag des Staatsanwaltes bindende Kraft insoweit, als das Gericht keine schwerere Strafe verhängen konnte, als das Maximum des vom Staatsanwalte empfohlenen Paragraphen des Strafgesetzbuches. Diese Bestimmung ist aus der österreichischen Strafprozeßordnung vom Jahre 1850 in den Csemegischen Entwurf vom Jahre 1881 übergegangen und von hier hat sie in die Praxis Eingang gefunden. Sie verfolgte den Zweck, den Angeklagten vor Überraschungen zu schützen.

IV. Das schwurgerichtliche Verfahren ist bei uns zum Teil eine Neuerung, da wir bis jetzt das Schwurgericht nur für Preßdelikte hatten. Das neue Gesetz gibt diesem Verfahren eine größere Ausdehnung insofern, als es auch die schweren Verbrechen vor das Schwurgericht verweist, und das Gesetz macht hierbei keinen Unterschied zwischen politischen und nicht politischen Verbrechen.

Zur Hauptverhandlung werden 30 Geschworene einberufen. Das Recusationsrecht erleidet im Notfalle eine entsprechende Einschränkung.

Es wird großes Gewicht darauf gelegt, daß dem Verteidiger die Namen der Geschworenen und der Mitglieder des Gerichtshofes wenigstens drei Tage vor der Verhandlung zur Kenntnis gebracht werden.

Mit der Formulierung der den Geschworenen zu stellenden Fragen betraut das neue Gesetz den Staatsanwalt, resp. den Privatkläger. Der Vorgang entspricht zwar dem Anklageprinzip und der englisch-prozeßualen Auffassung, es ist aber fraglich, ob nicht der Staatsanwalt diese neue Machtbefugnis ausnützen wird, um die Fragestellung der Anklage dienstbar zu machen. Das Recht der Korrektur seitens des Gerichtshofes und des Verteidigers hat keinen besonderen Wert, da in diesem Stadium der Verhandlung die gehörige Muße zum Studium der Fragen fehlt.

Die Fragestellung selbst geschieht im Sinne der deutschen Strafprozeßordnung; es wird den Geschworenen nämlich eine zusammenfassende Hauptfrage vorgelegt.

Eine wichtige Abweichung von der französischen, österreichischen und deutschen Strafprozeßordnung ist: daß auf die erschwerenden

und mildernden Umstände keine Fragen gestellt werden dürfen. Die Geschworenen sind dadurch auf die Schuldfrage beschränkt; die Straffrage bekommt der Gerichtshof voll und ganz zugewiesen.

Wir hatten bis jetzt ein Résumé nach alt-französischem Muster. (In Frankreich ist das Résumé bekanntlich seit zwanzig Jahren abgeschafft.) Unsere neue Strafprozeßordnung adoptiert nun die Rechtsbelehrung der deutschen Strafprozeßordnung in dem Augenblick, wo die deutsche Novelle zum Résumé zurückkehrt.

Die Klausur der Geschworenen wird bei uns derartig streng gehandhabt, daß vom Anfang der Verhandlung bis zur Verkündung des Urtheils die Geschworenen von der Außenwelt abgeschlossen sind. Dies ist nur dadurch möglich, daß eine Prozeßverhandlung während eines Tages abgeschlossen werden kann. Wir haben aber doch Verhandlungen gehabt, die mit ein- oder zweistündiger Unterbrechung 16 Stunden dauerten. Die neue Strafprozeßordnung hebt diese Art von Klausur auf und gestattet die Unterbrechung der Verhandlung von Tag zu Tag.

Zur Schuldigsprechung ist das bejahende Votum von acht Geschworenen notwendig. Die Zweidrittel-Mehrheit ist für uns eine neue Garantie, da bis jetzt das Stimmenverhältnis „sieben contra fünf“ — ebenso wie in Frankreich — eine Verurteilung bedeutet.

V. Die Rechtsmittelfrage ist zum Teil im Sinne des französischen Strafprozesses gelöst; wir finden aber auch Anklänge an den deutschen und den österreichischen Strafprozeß. Im ganzen jedoch läßt sich ein Grad der Selbständigkeit dem neuen ungarischen Rechtsmittelbau nicht absprechen.

In Schwurgerichtssachen Nullitätsbeschwerde direkt an den obersten Gerichtshof (Königliche Kurie), in Strafkammersachen Berufung an das mittelinstantzliche Obergericht (Königliche Tafel), von hier Nullitätsbeschwerde an den obersten Gerichtshof. Der Inhalt der Nullitätsbeschwerde ist erweitert. Die französische Nullitätsbeschwerde, wie auch die Revision des deutschen, und die Nichtigkeitsbeschwerde des österreichischen Strafprozesses bewegen sich in einem bedeutend engern Kreis, als die Nullitätsbeschwerde des neuen ungarischen Strafprozesses. Es ist fast ein meritorisches Rechtsmittel.

In Strafkammersachen ist der Inhalt der Nullitätsbeschwerde derselbe wie in Schwurgerichtssachen; wir werden demnach in den

Strafkammersachen drei Instanzen haben; nur wird die unterste Instanz sehr schwach bestellt sein, indem dieselbe aus drei Richtern besteht. Dagegen hat die zweite Instanz fünf, die dritte Instanz sieben Richter. Was also die deutsche Novelle anstrebt, nämlich den erstinstanzlichen Fünfersenat mit einem Dreiersenat zu ersetzen und den Schwerpunkt in die Mittelinstanz zu verlegen, das haben wir leider in unserm neuen Gesetze schon bekommen.

Das Verfahren in der zweiten Instanz hat zwei Stadien. In einer öffentlichen Senatsitzung wird, ohne Mitwirkung der Parteien, darüber beschlossen, ob eine Reproduktion des Beweismaterials in der zweiten Instanz notwendig ist. Die Grundlage dieser Erwägungen bilden die Berufung und die schriftlichen Bemerkungen der Gegenpartei. Es kann nun das ganze Beweismaterial reproduziert werden oder ein Teil desselben. In beiden Fällen ist die Mitwirkung der Oberstaatsanwaltschaft und des öffentlichen Verteidigers obligatorisch.

Der öffentliche Verteidiger in der ungarischen Strafprozeßordnung bildet eine Etappe in der Entwicklung des Strafverfahrens überhaupt.

Der öffentliche Verteidiger wird von der Advokatenkammer aus der Reihe der Advokaten für je eine Woche zu den Berufungsverhandlungen der zweiten Instanz delegiert. Das Honorar erhält er aus der Staatskasse im Sinne eines Normativs, welches vom Justizminister festgestellt wird.

Beim Verfahren in der obersten Instanz ist die Teilnahme der Kronanwaltschaft obligatorisch, die Bestellung eines Verteidigers ist dem Angeklagten anheimgestellt.

Wir haben daher in der ersten Instanz bei den schwersten Delikten eine Verteidigung von Amtswegen ohne staatliche Entgeltung, in der zweiten Instanz bei den mittelschweren Delikten einen öffentlichen Verteidiger mit staatlicher Entlohnung, in der dritten Instanz eine rein private und nur eventuelle Verteidigung.

Als außerordentliches Rechtsmittel bekommen wir das Rechtsmittel im Interesse der Rechtseinheit. Es ist dem österreichischen Strafprozeß entlehnt — §§ 33, 292: Richtigkeitsbeschwerde zur Wahrung des Gesetzes — und dient einerseits zur Befestigung der Einheitlichkeit in der Judikatur, anderseits zur Verhütung, eventuell zur summarischen Reparierung von Justizirrtümern.

Dieses Rechtsmittel ist an keinen Termin gebunden und kann nur vom Kronanwalt ergriffen werden. Diejenigen Strassachen, in welchen der oberste Gerichtshof einen meritorischen Beschluß gefaßt hat, können mittelst dieses Rechtsmittels nicht einer neuerlichen Revision zugeführt werden.

VI. Im Kapitel über die Wiederaufnahme befindet sich eine Bestimmung, die vom Standpunkte der persönlichen Freiheit große prinzipielle Bedeutung hat. Wenn die Gerichtsbehörde, die Staatsanwaltschaft oder eine andre Behörde Kenntnis von einem Umstande erlangt, auf Grund dessen die Wiederaufnahme zu gunsten eines Verurteilten beantragt werden könnte, ist dieselbe verpflichtet, hiervon jenes Gericht erster Instanz zu verständigen, welches im Prozeß geurteilt hat, letzteres wieder ist verpflichtet, den Verurteilten oder dessen Verteidiger zu benachrichtigen. Insofern innerhalb vierzehn Tagen, von der Verständigung gerechnet, keiner der Beteiligten wegen Anordnung der Wiederaufnahme einen Antrag eingebracht hat, oder wenn die Dringlichkeit es erfordert, bestellt das Gericht aus eigener Initiative auch früher einen Verteidiger, der in betreff der Anordnung der Wiederaufnahme in der kürzesten Zeit einen Antrag zu stellen verpflichtet ist.

Diese Bestimmung des Strafprozesses bildet die Ergänzung der §§ 197 und 230 des ungarischen Strafgesetzbuchs. Wer nämlich Kenntnis von Thatfachen und Beweisen besitzt, von welchen die Freisprechung eines unschuldig in Untersuchung Gezogenen oder die Befreiung eines unschuldig Verurteilten abhängt und dieselben dem Betroffenen, dessen Angehörigen oder der betreffenden Behörde nicht mitteilt, obwohl er dies ohne Gefahr für sich, seine Angehörigen oder schuldlose Dritte thun konnte, begeht ein Vergehen und wird mit Gefängnis bis zu drei Jahren bestraft. Desgleichen ein öffentlicher Beamter, welcher von der gesetzwidrigen Verhaftung oder Gefangenhaltung einer Person amtliche Kenntnis erhält und hiervon nicht sofort dem zuständigen Vorgesetzten Anzeige erstattet; desgleichen der Vorgesetzte, welcher durch eine solche Anzeige oder auf andre Art von dem Sachverhalt amtliche Kenntnis erhält, und die Prüfung desselben und die erforderliche Entscheidung länger als achtundvierzig Stunden hinauschiebt: begeht ein Vergehen gegen die persönliche Freiheit und wird mit Gefängnis bis zu einem Monat bestraft; neben der Freiheitsstrafe ist auf Verlangen des

widerrechtlich gefangen Gehaltene und zu dessen gunsten für jeden Tag der widerrechtlichen Gefangenhaltung auf einen Schadenersatz von fünf bis zehn Gulden zu erkennen.

VII. Das Verfahren gegen Abwesende ist im ganzen nach den Prinzipien geregelt, die der deutsche Strafprozeß aufstellt; namentlich wird auf die Unmittelbarkeit und Mündlichkeit mehr Gewicht gelegt, als im französischen Strafprozeß, der das Kontumazurteil noch immer nicht aufgegeben hat.

VIII. Das Asylrecht wurde in Ungarn immer hochgehalten. Der Entwurf vom Jahre 1843 enthält die kategorische Bestimmung, daß eine Auslieferung nicht stattfindet. Unser gegenwärtiges Strafgesetzbuch akzeptiert die Auslieferungsprinzipien des internationalen Rechts. Es muß aber bemerkt werden, daß ein Angehöriger Österreichs nur Österreich ausgeliefert wird.

IX. Das objektive Preßverfahren des österreichischen Strafprozeßrechts wird zwar ausgeschlossen; es ist aber durch Urteil die Einziehung und Vernichtung der im Besitz des Verfassers, Druckers oder Verbreiters befindlichen Exemplare zu verfügen, wenn das Strafverfahren gegen eine bestimmte Person nicht eingeleitet werden kann, z. B. wenn das Druckwerk aus dem Auslande eingeschmuggelt worden ist. Das Verfahren ist auch in diesem Falle womöglich ein kontradiktorisches.

X. Hat der Schwurgerichtshof ein Todesurteil ausgesprochen, so fragt nach Verkündigung des Urteils der Verhandlungspräsident den Verurteilten, ob er um Begnadigung einkommen will. Unmittelbar hiernach gibt der Gerichtshof eine Wohlmeinung in der Begnadigungsfrage ab. Der Verhandlungspräsident fordert auch den Verteidiger auf, schriftlich um die Begnadigung einzukommen. Der Oberste Gerichtshof hat seine Wohlmeinung in Bezug auf die Todesstrafe auch dann abzugeben, wenn keine Nichtigkeitsbeschwerde erhoben wurde. Die Akten werden von da dem Justizminister und hiernach der Krone unterbreitet.

Wir hatten bis jetzt am Obersten Gerichtshofe für die Todesurteile einen besondern Begnadigungs Senat, der zur Hälfte aus Mitgliedern der Kriminalabteilung, zur Hälfte aus Mitgliedern der Zivilabteilung zusammengesetzt war. Dieser besondere Senat hört jetzt auf zu wirken, und dessen Agenden gehen an die einzelnen Straffenate über.

In Ungarn wird übrigens die Todesstrafe in äußerst seltenen Fällen vollzogen; im Laufe eines Jahres 1—2 Fälle; so manches Jahr ist ganz frei.

Der zur Freiheitsstrafe Verurteilte wird der Staatsanwaltschaft übergeben. Über die Einrechnung der Untersuchungshaft entscheidet das Gericht. Die Einrechnung ist fakultativ. Es kann auch die vorläufige Verwahrung eingerechnet werden.

Die uneinbringliche Geldstrafe wird — leider sehr oft — in Freiheitsstrafe umgewandelt. Die Geldstrafe kann in Raten abgetragen werden.

XI. Das Verfahren vor den Bezirksgerichten (Einzelgerichtsbarkeit) ist in einem besondern Abschnitt des Gesetzbuches geregelt. Bei diesen Gerichten tritt jetzt die Institution der Amtsanwälte ins Leben. Auch der Strafbefehl wird, nach österreichischem und deutschem Muster, eingeführt: mit der Beschränkung aber, daß auf diesem Wege nur Geldstrafe bis 100 Gulden verhängt werden kann; Freiheitsstrafe ist ganz ausgeschlossen.

Das Rechtsmittel in Bezirksgerichtssachen ist analog den andern Rechtsmitteln geregelt. Die Berufung geht an den Gerichtshof, die Nichtigkeitsbeschwerde von hier an den Obersten Gerichtshof. Die Nichtigkeitsbeschwerde ist aber auf die Verletzung des materiellen Gesetzes beschränkt. Es wäre zwar zur Entlastung des Obersten Gerichtshofs sehr wünschenswert gewesen, die Nichtigkeitsbeschwerde in den Bezirksgerichtssachen an die Mittelinstanz zu leiten; es siegte aber die Rücksicht auf die Einheit in der Judikatur.

XII. Das letzte Kapitel der Strafprozeßordnung behandelt die Entschädigung im Falle der unschuldig erlittenen Untersuchungshaft und Strafe.

Derjenige, den das Gericht von der Anklage rechtskräftig freigesprochen, oder gegen den das Gericht das Verfahren rechtskräftig eingestellt, hat Anspruch auf Entschädigung, wenn derselbe die vonseiten des Gerichts angeordnete Untersuchungshaft wegen einer Handlung erlitten hat, 1. welche er nicht verübt, 2. welche überhaupt nicht begangen wurde, 3. welche keine strafbare Handlung bildet.

Eine Entschädigung für die Untersuchungshaft kann nicht beanspruchen, wer 1. einen Fluchtversuch gemacht, 2. eine falsche

Selbstanzeige oder ein falsches Geständnis gemacht, 3. der die Spuren der Handlung zu verwischen versucht hat.

Gegenüber dem österreichischen, deutschen und französischen Gesetz ist die Entschädigung für unschuldig erlittene Unterdrückung ein Fortschritt. Bisher haben nur die drei skandinavischen Länder diese Entschädigung eingeführt.

Wer auf Grund eines rechtskräftigen Urteils eine Freiheitsstrafe erlitten oder eine Geldstrafe bezahlt, hat Anspruch auf Entschädigung 1. wenn er infolge der Wiederaufnahme freigesprochen worden, 2. wenn infolge der Wiederaufnahme eine geringere Strafe wider ihn verhängt wurde, als welche er auf Grund des außer Wirksamkeit gesetzten Urteils verbüßt hat.

Eine Entschädigung kann nicht beanspruchen 1. wer eine falsche Selbstanzeige oder ein falsches Geständnis gemacht, 2. wer wissentlich jene Beweismittel verschwiegen hat, auf welche das Gericht in der Wiederaufnahme sein Urteil gegründet, 3. wer ein Rechtsmittel zu ergreifen unterließ.

Auch bei der Entschädigung für die unschuldig erlittene Strafe geht das ungarische Gesetz weiter, als die andern Gesetze. Das österreichische und das französische Gesetz gewähren die Entschädigung nur dann, wenn die Freisprechung erfolgt, das deutsche Gesetz, wenn die Strafe in Anwendung eines milderen Strafgesetzes herabgesetzt wurde. Das ungarische Gesetz enthält auch diese letztere Beschränkung nicht.

Der Entschädigungsanspruch erstreckt sich auf eine entsprechende Geldentschädigung, ferner auf jene Summe, welche der Verurteilte als Geldstrafe bezahlt hat, und auf das Reinertragnis jener Arbeit, welches der Verurteilte während der Dauer der Strafbast verdiente.

Die Entschädigung ist im Amtsblatt, eventuell auch in andern Blättern zu veröffentlichen.

Das Verfahren ist bei jenem Gerichtshof einzuleiten, welcher in der Strafsache als Gericht erster Instanz vorgegangen ist, oder in dessen Sprengel das in erster Instanz vorgegangene Gericht gehört. Das Bezirksgericht ist daher aus diesem Verfahren ausgeschlossen.

Nach Beendigung der Vorerhebungen unterbreitet das Gericht sämtliche Akten dem Obersten Gerichtshof, der in Bezug auf den

Entschädigungsanspruch endgiltig beschließt, und wenn er demselben stattgibt, die Akten an den Justizminister leitet. Auf Grund des Beschlusses des Obersten Gerichtshofes stellt der Justizminister den Entschädigungsbetrag fest.

Den Inhalt des Einführungsgesetzes, sowie die Entwicklung der ungarischen Strafgesetzgebung habe ich weiter ausgeführt in den Mitteilungen der Internationalen Kriminalistischen Vereinigung VI, 313, sowie in der Ritz'schen Strafgesetzgebung der Gegenwart II, 459.